



Antrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gabriele Triebel, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt ein starkes Bündnis für gute Ganztagsbildung in Bayern schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Vorbereitung auf die Implementierung des gesetzlichen Anspruchs auf Ganztagsbildung und Betreuung ein Beratungsgremium einzuberufen, das bereits im ersten Quartal 2022 seine Arbeit aufnehmen soll. Die Ergebnisse der Arbeit dieses Gremiums sollen mindestens zweimal im Jahr dem Ausschuss für Bildung und Kultus berichtet werden.

Bei der Zusammensetzung dieses Gremiums sind mindestens folgende Akteursgruppen zu berücksichtigen:

- Vertreterinnen und Vertreter der Grundschullehrkräfte
- Vertreterinnen und Vertreter der Jugendhilfe, die aktuell Nachmittagsangebote verantworten
- Vertreterinnen und Vertreter erfolgreicher Ganztagsschulmodelle inkl. Best-Practice Beispiele, insbesondere, was die Zusammenarbeit zwischen schulischen und außerschulischen Akteursgruppen anbelangt
- Forscherinnen und Forscher, die pädagogische Konzepte evaluieren und die Förderung der kindlichen Entwicklung und des Wohlergehens fokussieren
- Hochschullehrkräfte, die Studiengangsordnungen für Lehramtsstudiengänge und andere pädagogische Studiengänge inkl. Soziale Arbeit verantworten
- Fachschullehrkräfte, die die Ausbildung für pädagogische Tätigkeitsfelder gestalten
- Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände
- Vertreterinnen und Vertreter der verantwortlichen und der beteiligten Ministerien
- Vertreterinnen und Vertreter der Landtagsfraktionen
- Elternvertreterinnen und -vertreter

Die Meinung von Grundschulkindern ist regelmäßig über geeignete Formate einzuholen, Kindervertreterinnen und -vertreter sind zu den erzielten Ergebnissen in kindgerechter Form anzuhören.

Begründung:

Der gesetzliche Anspruch auf Ganztagsbildung und Betreuung für Grundschul Kinder in Bayern wird ab 2026 schrittweise umgesetzt. Bereits jetzt sind wesentliche Herausforderungen bekannt: der eminente Fachkräftemangel, unzureichende räumliche Voraussetzungen, fehlende kindgerechte pädagogische Konzepte, unklare Zuständigkeiten, unzureichende Finanzierung und perspektivisch zu wenig Plätze.

Auf der anderen Seite stehen die vielfältigen, hohen Ansprüche, die Familien, Pädagoginnen und Pädagogen, Politik und Gesellschaft an die Ganztagsbildung stellen: ein kindgerechter, inklusiver Lern- und Lebensraum mit hochqualitativem und ansprechendem pädagogischem Angebot, spürbare Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildungsgerechtigkeit und Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Damit gute, bedarfsgerechte, inklusive und kindgerechte Ganztagsbildung in Bayern Wirklichkeit werden kann, müssen die Vorbereitungen zeitnah beginnen. Die Expertise unterschiedlicher Akteursgruppen ist einzuholen und in einem ergebnisoffenen, ko-konstruktiven Prozess einzubinden. Die Erkenntnisse des Beratungsgremiums sind öffentlich zu diskutieren, die politische Debatte hierzu muss im Parlament und seinen Ausschüssen geführt werden.